

EDITORIAL

Fremdenfeindlich, chauvinistisch, sozialdarwinistisch – 28 Prozent der AfD-Anhänger weisen ein rechtsextremistisches Einstellungspotenzial auf. Diese Zahl teilen *Oskar Niedermayer* und *Jürgen Hofrichter* mit. Bedenklich genug; gleichzeitig heißt dies aber auch, dass fast drei Viertel der AfD-Klientel ein anderes Weltbild haben; tatsächlich ordnet sich die Mehrheit in der Mitte oder links davon ein. Und etwa zwei Drittel ihrer Wähler haben sich aus Enttäuschung über andere Parteien für die AfD entschieden. Die Wählerwanderungen, das sozialstrukturelle und ideologische Profil, das *Niedermayer* und *Hofrichter* zeichnen, geben also einerseits Anlass zur Sorge, andererseits aber auch Grund zur Hoffnung, denn es lassen sich daraus Strategien ableiten, wie die etablierten demokratischen Parteien der Konkurrenz am rechten Rand Einhalt gebieten können. Das Bekämpfen durch Argumente sehen sie allerdings als schwierig an, „weil sich die AfD oftmals einem rationalen Diskurs entzieht“. Diese Herausforderung muss aber angenommen werden, wobei auch die Medien aufgerufen sind, nicht die Bühne für populistische Schaukämpfe und Talk-Krawalle zu liefern, sondern zu einer sachlichen Auseinandersetzung beizutragen.

Euroskeptizismus hat sich in den letzten Jahren als eine Spielart des Populismus in verschiedenen Ländern Europas breit gemacht. *Jörn Ketelhut*, *Angelika Kretschmer*, *Marcel Lewandowsky* und *Léa Roger* plädieren in ihrer Analyse der Wahlprogramme deutscher Parteien zur letzten Europa-Wahl für eine differenzierte Sichtweise und identifizieren vier Ausprägungen von Euroskeptizismus: bürgerschaftlich-partizipatorisch, regional-autonomistisch, national-fiskalisch und völkisch-identitär. Allen gemein ist, dass die EU als Bedrohung wahrgenommen wird. Wie sich darunter aber die Haltung zur EU zwischen CSU und Freien Wählern, AfD und NPD thematisch und rhetorisch-argumentativ unterscheidet, weisen die Autoren im Einzelnen nach.

Die Lage deutscher Parteien hinsichtlich ihrer Mitgliederentwicklung wird jedes Jahr in der ZParl dokumentiert. *Oskar Niedermayer* schreibt zuverlässig und bestens für die Forschung aufbereitet vielfältige Daten zur sozialstrukturellen Zusammensetzung und regionalen Verteilung der Mitgliedschaften sowie zur Rekrutierungsfähigkeit der Parteien und Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen fort. Seit 1990 haben alle Parteien zusammen genommen die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, und auch 2015 war wieder ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar um drei Prozent. Dass die unter 30-Jährigen unter den Neumitgliedern gegenüber der beitragsberechtigten Bevölkerung überrepräsentiert sind, sollte als Ansporn dienen, in den Bemühungen nicht nachzulassen, wieder mehr Bürger zu bewegen, einer demokratischen Partei beizutreten und politischen Einfluss zu nehmen.

Dass dies nicht die bevorzugte Art der Beteiligung junger Erwachsener ist, wird einmal mehr in dem Beitrag von *Claudia Ritzki* und *Aiko Wagner* deutlich. Sie untersuchen, wie intensiv konventionelle und unkonventionelle sowie internetbasierte Partizipationsangebote von ihnen genutzt werden, welche Motive diesen Aktivitäten zugrunde liegen und ob soziale Ungleichheiten dabei zutage treten. Ihre Befunde zeigen, dass es vor allem die offline politisch Engagierten sind, die auch die online Möglichkeiten nutzen, und dass die soziale Verzerrung online noch stärker ausgeprägt ist als bei vielen etablierten Formen der Beteiligung. Und: die politisch interessierten, aber unzufriedenen jungen Erwachsenen bedienen sich verstärkt des Internets zur politischen Partizipation.

Unzufriedenheit und Entfremdung zwischen Bürgern und Politikern scheinen sich immer mehr auch auf der kommunalen Ebene auszubreiten. Dafür sprechen die teilweise vehementen Proteste, auf die zahlreiche lokale und regionale Projekte in den letzten Jahren gestoßen sind. Dies nahmen *Sebastian Kuhn* und *Markus Tausendpfund* zum Anlass, 12.000 Bürger und 720 Kommunalpolitiker in 28 hessischen Gemeinden zu befragen, wie sie die Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten bei lokalen Planungen einschätzen. Sie fanden weitverbreitete Zufriedenheit, erhebliche lokale Unterschiede und erneut soziale Selektivität: Je höher Schicht, Bildung und politisches Interesse, desto stärker die Partizipation. Nicht zuletzt deshalb reicht ein „einfaches Mehr“ an Beteiligungsangeboten nicht aus, um die Distanz zwischen Bürgern und Politikern zu verringern. In eine ähnliche Richtung weisen die Ergebnisse der qualitativen Studie von *Angelika Vetter* und *Zora Hoyer*. Sie haben acht konkrete direktdemokratische Beteiligungsverfahren in Baden-Württemberg untersucht und kommen zu dem Schluss, dass diese von Bürgern, Politikern und Verwaltungen alles in allem eher positiv beurteilt werden. Dieses Urteil fällt allerdings deutlich differenziert aus, und zwar in Abhängigkeit davon, ob die Bürgerentscheide ein eindeutiges Ergebnis erbracht hatten und professionell organisiert waren. Beide Beiträge erweitern das Wissen um die Rahmenbedingungen und Wirkungen von Bürgerbeteiligung, und erst dies erlaubt es einzuschätzen, ob und wie direktdemokratische Partizipationsinstrumente und repräsentativdemokratische Entscheidungsverfahren zusammenspielen können.

Die Rufe nach einer erneuten Änderung des Bundestagswahlrechts sind aus guten Gründen immer noch nicht verhallt. Da sollten praktikable Vorschläge den politischen Entscheidern willkommen sein. Drei finden sich in diesem Heft der ZParl. *Joachim Behnke* und *Philipp Weinmann* betonen die Bedeutung innerparteilichen Proporztes für die Akzeptanz eines Wahlsystems. Mit dem „Flexiblen und Zielgerichteten Ausgleich“ haben sie ein Verrechnungsverfahren entwickelt, mit dem Verzerrungen wie Parlamentsvergrößerung im Rahmen gehalten und die jeweils gewünschte Balance mittels eines Parameters hergestellt werden kann. *Daniel Hellmann* empfiehlt, das System der Single Transferable Vote in die Überlegungen einzubeziehen, das große Partizipationsmöglichkeiten, Personenwahl und proportionale Mandatsverteilung kombiniert. Seine Idee, dies auf unterschiedlichen Ebenen zu erproben, um Funktionsfähigkeit und Akzeptanz zu testen, verdient es, diskutiert zu werden. Die verfassungsgerichtlich initiierte Abschaffung der Fünfprozenthürde im Kommunal- und Europawahlrecht ist für *Frank Decker* Anstoß zu fragen, ob das mit Sperrklauseln angestrebte Ziel, die parlamentarische Mehrheits- und Regierungsbildung zu erleichtern, nicht mit anderen Mitteln besser erreicht werden könnte. Er zeigt, wie mit einer Ersatzstimme bei Bundestags- und Landtagswahlen der Konzentrationseffekt gewahrt werden könnte, die unerwünschte Nebenwirkung nicht verwerteter Stimmen weitgehend vermieden und zudem Koalitionswahlen ermöglicht würde.

Unangemessene Manipulation oder effiziente Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen? Diese Frage scheidet die Geister in der Diskussion um ein neues Instrument politischer Steuerung: Nudging – Regulieren durch Anstoßen. *Ulrich Smeddinck* und *Basil Bornemann* ordnen die Kritik, finden zu viel Dramatisierung und zu wenig Differenzierung. Ihr Fazit: Bei nüchterner Einzelfalldiskussion lässt sich das Potenzial des Nudging demokratisch legitimiert und sachlich angemessen nutzen.

Suzanne S. Schüttemeyer